

DIE WACHSENDE STADT BRAUCHT EINE UMWELTGERECHTIGKEITSSTRATEGIE

- 1 Wer an lauten, stinkigen Straßen lebt, wird krank. Doch nicht nur Verkehr erzeugt
2 Dauerstress. Wer in hoch verdichteten Quartieren lebt, leidet besonders unter warmen
3 Temperaturen im Sommer.
- 4 Das gilt besonders, wenn es nicht ausreichend Grünflächen in der Nachbarschaft gibt.
5 Umweltbelastungen wie Verkehrslärm, gesundheitsschädliche Luftverschmutzung, unzureichende
6 Grün- und Freiflächenversorgung und schlechte bioklimatische Bedingungen treffen Menschen
7 mit geringem Einkommen besonders oft. Armut wohnt an den Ausfallstraßen. Gerade in den
8 Quartieren, die mit mehreren dieser Stressfaktoren belastet sind, gibt es oft auch
9 ausgeprägte soziale Problemlagen. Dieses Zusammenspiel von Umweltqualität, sozialer Lage und
10 Gesundheit wird vom Konzept der Umweltgerechtigkeit erfasst und bewertet.
- 11 Gute Umweltverhältnisse und damit Umwelt(un)gerechtigkeit sind sozial und räumlich
12 unterschiedlich verteilt in Berlin. Hier wollen wir gegensteuern! Berlin 2030 soll überall
13 in der Stadt gesundheitlich unbedenkliche Umweltverhältnisse aufweisen!
- 14 Bündnis 90/ Die Grünen Berlin stehen für Umweltschutz genauso wie für vorbeugenden
15 Gesundheitsschutz **und** für Sozialpolitik. Wir können das eine nicht ohne das andere denken.
- 16 Gesundheitlich und ökologisch gleichwertige öffentliche Räume prägen in der Stadt die
17 Chancengleichheit, die Lebensqualität und auch die Teilhabemöglichkeiten. Wichtig ist
18 hierbei, die Ist-Situation (Berlin heute) für die Betroffenen in den mehrfach belasteten
19 Quartieren transparent und nachvollziehbar dazustellen und klare Handlungsziele zu
20 formulieren.
- 21 Schon im Koalitionsvertrag 2016 haben wir uns zur Anwendung der
22 Umweltgerechtigkeitskriterien bekannt und erste Schritte umgesetzt. Nun gilt es, das Konzept
23 der Umweltgerechtigkeit für die Stadtentwicklungsziele 2030 zu aktualisieren und anzuwenden.
- 24 Unser Ziel heißt: **Gesunde Lebensbedingungen für alle – unabhängig vom Wohnort und der**
25 **sozialen Lage!**
- 26 Das Konzept zur Umweltgerechtigkeit bewertet die Umweltbedingungen anhand von vier
27 Kernindikatoren, die alle Einfluss auf die Gesundheit haben: Luft(-verschmutzung), Lärm,
28 thermische Belastungen (städtische Wärmeinseln) und Grünflächenversorgung. Außerdem wird die
29 soziale Problemdichte berücksichtigt. Die gesundheitlichen Belastungen durch schlechte
30 Umweltverhältnisse sind räumlich unterschiedlich verteilt – und können sich lokal
31 gegenseitig verstärken.

32 Die Idee der Umweltgerechtigkeit ist es, diese unterschiedlichen Belastungen
33 zusammenzudenken und auch räumlich zu betrachten. Dazu werden Belastungskarten erstellt, die
34 auf Quartiersebene alle gesundheitlichen Belastungen zeigen. Berlin ist mit diesen
35 Mehrfachbelastungskarten Vorreiter in Deutschland. Die Karten zeigen, dass und auch wo
36 sozial Schwächere dreifach, vierfach oder fünffach belastet sind und diese umweltbedingten
37 Stressfaktoren sich negativ auf die Gesundheit und Lebenserwartung auswirken. Wir wollen die
38 bestehende Ungerechtigkeit beenden und für die Zukunft Verschlechterungen vermeiden.

39 In Berlin wird viel neu gebaut. Gerade bei parallelen Projekten wollen wir, dass das Konzept
40 der Umweltgerechtigkeit zur Planungsprämisse wird, um Überlastungen der Umwelt,
41 Unterversorgung mit Grünflächen und daraus folgende gesundheitsgefährdende Ungerechtigkeiten
42 zu vermeiden. Daher brauchen wir einen Stadtentwicklungsplan Umweltgerechtigkeit und eine
43 gemeinsame gesamtstädtische Steuerung durch die Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung, für
44 Gesundheit und Umwelt, Verkehr und Klimaschutz unter Beteiligung der Bezirke.

45 **Die Anpassung an den Klimawandel erfordert die Umgestaltung des** 46 **öffentlichen Raumes**

47 Berlin erneuert seine öffentliche Infrastruktur. Die „wachsende Stadt“ hat zur Folge, dass
48 die verschiedenen Politikfelder jeweils eigene Zielvorgaben formulieren, die sämtlich ihre
49 Bedeutung im Titel tragen: Der Masterplan Wohnungsbau, die Schulbauoffensive, die
50 Verkehrswende, sind nur die prominentesten Beispiele. Sie alle formulieren fachpolitische
51 Ziele, die direkt oder indirekt den öffentlichen Raum verändern und ihn beanspruchen. Dabei
52 ist allen klar: Öffentliche Flächen gehören zwar der Allgemeinheit, können aber gerade
53 deshalb nur begrenzt die Folgen von Klimawandel und wachsender Stadt kompensieren. Die
54 Umweltressourcen Boden/Fläche, Wasser, Luft, nächtliche Ruhe, Bioklima und Biodiversität
55 sind begrenzt und vielerorts überlastet. Die Verteilungskonflikte um Straßenflächen kennen
56 und sehen wir „an jeder Ecke“. Die Ökosystemdienstleistungen des öffentlichen Raumes im
57 Zeichen des Klimawandels erfordern eine gezielte Entwicklung und einen integrierten
58 Schutzansatz von den Belastungsgrenzen her, der über Naturschutzflächen weit hinausreicht
59 und nicht zuletzt dem Gesundheitsschutz und der Lebensqualität aller Menschen in der Stadt
60 dient.

61 **Unser Handlungsansatz ist: die lokalen Belastungsgrenzen (local** 62 **boundaries) aus dem Umweltgerechtigkeitskonzept zeigen** 63 **vordringlichen Handlungsbedarf für den öffentlichen Raum.**

64 Angesichts der vielen öffentlichen Bauvorhaben gilt es jetzt, den gesamten lokalen
65 Handlungsbedarf inklusive der gesundheitlichen und ökosystemaren Aspekte in den Blick zu
66 nehmen, Zielkonflikte zu erkennen und vordringliche Maßnahmen im öffentlichen Raum in der
67 Arbeitsplanung voran zu stellen.

68 Diese Aufgabe ist komplex, aber die Daten liegen bereits an verschiedenen Stellen vor und
69 die Umweltgerechtigkeitsstrategie bietet ein Bewertungs- und Zielkonzept an, auf das wir
70 aufbauen können und müssen.

71 Denn: Berlin baut nicht mehr punktuell, sondern in vielen parallelen Projekten, zu deren
72 Kombinationswirkungen keine aktuellen Daten verfügbar sind. Daher ist es an der Zeit, die
73 lokalen Belastungsgrenzen zu erfassen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

74 **Besonders empfindliche Gruppen bestimmen unsere Schutzansprüche**

75 Die Erfahrungen mit der Pandemie durch das Covid-19 Virus lehren uns, den öffentlichen Raum
76 als Ressource für die Gesundheit und Lebensqualität neu zu bewerten und besser zu pflegen.
77 Nun kommt es darauf an, die Resilienz der Stadtgesellschaft gegenüber dem Klimawandel ebenso
78 ernsthaft zu verbessern, wie wir die Eindämmung des Virus verfolgen. Hierbei sind die
79 älteren Berliner*innen doppelt betroffen.

80 Das Robert Koch Institut ermittelte, dass die lange Hitzeperiode im Sommer 2018 in Berlin
81 490 zusätzliche Sterbefälle verursachte. Hochbetagte Menschen waren fünfmal so stark
82 betroffen wie Menschen unter 75 Jahre, dicht bebaute und hoch versiegelte Quartiere weisen
83 ebenfalls klar erhöhte gesundheitliche Risiken bei Hitzestress auf. Die gesundheitlichen
84 Risiken des Klimawandels treffen die Menschen in dieser Stadt unterschiedlich, wegen ihres
85 baulichen Wohnumfelds und der Gestaltung des öffentlichen Raumes, aber auch wegen ihrer
86 subjektiven Empfindlichkeit.

87 Umweltdaten und Sozialdaten gehören zusammen, um die Resilienz gegen Krisen zu erhöhen.

88 **Mit lokalen Leitplanken (local boundaries) zur emissionsfreien** 89 **Innenstadt**

90 Die Luftreinhaltung nimmt gemeinsam mit der Lärmreduzierung eine herausragende Stellung für
91 den umweltbezogenen Gesundheitsschutz ein. Dominanter Verursacher in der Stadt ist der
92 motorisierte Verkehr, daher kommt der Verkehrswende auch für die vorbeugenden
93 Gesundheitsschutz eine zentrale Rolle zu.

94 Das Ziel von Bündnis 90/ die Grünen ist eine emissionsfreie Innenstadt bis 2030. Die
95 Verkehrsreduzierung kann mit dem Umweltgerechtigkeitsansatz nach objektiven Kriterien
96 gesteuert und umgesetzt werden. Die Zivilgesellschaft erhält mit den
97 Umweltgerechtigkeitsdaten Unterstützung für die Umverteilung öffentlicher Flächen.

98 Grenzwertüberschreitungen werden derzeit für Stickstoffdioxid mit erheblichem Aufwand
99 reduziert.

100 Aber neben Stickstoffdioxid sind weitere gesundheitsrelevante Schadstoffe in den Blick zu
101 nehmen: Ozon, Benzol, Schwermetalle und Feinstaub (PM 10 und PM 2,5) liegen schon heute an
102 vielen Stellen über den Richtwerten der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Gleiches gilt für

103 die Lärmbelastung durch den Straßen- und Schienenverkehr.
104 Das Gesamtbild der Mehrfachbelastungen erlaubt die Bestimmung der am besten geeigneten
105 Maßnahmen für die Anpassung an den Klimawandel und die Reduzierung von umweltbedingten
106 Gesundheitsrisiken.

107 **Sanierungsbedarf und Entwicklungsziele müssen zusammen**
108 **betrachtet werden**

109 Berlin investiert in den nächsten 10 Jahren in dauerhafte graue, grüne und blaue
110 Infrastruktur. Dabei gilt es heute so zu bauen, dass die Investition auch in 2030 und 205
111 o noch funktioniert. Was das konkret bedeutet, haben wir schon in dem LDK Antrag „Grün statt
112 Grau- Berlin nachhaltig, sozial und ökologisch entwickeln“ ausgeführt.

113 Vor diesem Hintergrund ist eine vorsorgliche Perspektive auf die gesundheitlichen Folgen der
114 wachsenden Stadt und auf immissionsbezogene Leitplanken der Verkehrsentwicklung nicht nur
115 reaktiv bei Vollzugsdefiziten, sondern auch perspektivisch für die Umweltqualität 2030
116 geboten.

117 Was das konkret bedeuten kann, sieht man beispielsweise an der Umgestaltung des Tempelhofer
118 Damms: der Tempelhofer Damm bekommt nicht nur eine geschützte Radspur, sondern auch ein
119 Zielkonzept mit einem Drittel weniger motorisiertem Verkehr, um die gesundheitlichen
120 Richtwerte der WHO (Weltgesundheitsorganisation) dauerhaft einzuhalten. Das gilt auch und
121 im Besonderen für die Neue Mitte Tempelhof und den Verkehr durch den BER.

122 Bündnis 90/ Die Grünen Berlin fordert, dass es in Zukunft bei parallelen Projekten eine
123 Folgenabschätzung auf Basis der Umweltgerechtigkeitsindikatoren gibt. Ziel muss eine
124 Stadtentwicklung sein, die mindestens ein Verschlechterungsverbot der lokalen
125 Umweltressourcen einhält.

126 Lokale Umweltqualität und gesamtstädtische Resilienz gemeinsam steuern

127 Die Verwaltung der Bezirke steht angesichts der unübersehbaren Unterhaltungsdefizite unter
128 einem mehrfachen Legitimations- und Entscheidungsdruck. Am schnellsten ist die
129 Wiederherstellung der „bekannten Qualität“, die politischen Ziele orientieren sich aber vor
130 allem an den Entwicklungszielen und verlangen „radikale Veränderungen“ der Stadt. Hier
131 fehlen Instrumente für die Verknüpfung gesamtstädtischer und lokaler Ziele für den
132 öffentlichen Raum. Diese Verknüpfung kann durch die Mehrfachbelastungsanalysen der
133 Umweltgerechtigkeitsstrategie erfolgen.

134 Die Bezirke bewältigen die Anforderungen mit „engagiertem Opportunismus“. Er führt zu
135 unübersichtlichen Einzelvorhaben, deren Ziele jeweils mit umfassender prozessbegleitender
136 Bürgerbeteiligung vermittelt und ausgehandelt werden. Im Ergebnis fehlen uns in den Bezirken
137 gültige Daten und Indikatoren, die einerseits die Umweltinformationen aktuell für die

138 Quartiersebene vorhalten, andererseits die Bewertung der Quartierssituation im Gesamtbild
139 der Stadt und im Rahmen der gesundheitlichen Grenz- und Richtwerte einordnen.

140 **Umweltgerechtigkeit erleichtert vorausschauendes Handeln**

141 Die Karten zur Umweltgerechtigkeit ermöglichen den Betroffenen und Fachleuten „auf einen
142 Blick“ zu erfassen, wo welche Defizite ein gezieltes Eingreifen zum Beispiel bei der
143 Umverteilung von Verkehrsflächen, der Stadtplanung oder der Grünplanung erfordern.

144 Angesichts der aktuellen Dynamik in der Stadtentwicklung sind Trendbewertungen, die
145 frühzeitig auf Verschlechterungen hinweisen, zu entwickeln damit wir z.B. mit dem
146 verkehrsbürtigen Feinstaub nicht in dieselbe reagierende „Feuerwehrpolitik“ geraten, wie
147 beim Stickstoffdioxid.

148 Hier soll der Maßstab für die Stadtentwicklung durch die WHO Richtwerte gesetzt werden und
149 nicht allein durch gesetzliche Grenzwerte.

150 Der Dieselskandal mit seinen teuren und kurzfristigen Handlungspflichten für die Kommunen
151 sollte uns lehren: Wir brauchen eine Planungsgrundlage, die Gesundheitsdaten, soziale Daten,
152 Baustruktur und Immissionsdaten für die Stadtplanung aufbereiten. Wir brauchen
153 Folgenabschätzungen bei großen Infrastrukturprojekten, Trendanalysen und Überblick über die
154 Verteilung von umweltbedingten Erkrankungen.

155 **Umweltgerechtigkeit ist eine gesamtstädtische Steuerungs- und** 156 **Monitoringaufgabe**

157 Die Daten des Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas sind über 10 Jahre alt und nicht mehr
158 aussagekräftig. Es besteht aufgrund der wachsenden Stadt mit allen ihren Auswirkungen
159 Aktualisierungsbedarf, der nur von mehreren Senatsverwaltungen in einer gemeinsamen
160 Anstrengung zu bewältigen ist.

161 Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen passt aktuell die statistische
162 Grundlage an die geänderte soziale und demographische Situation der Stadt an. Damit entfällt
163 für die Umweltdaten die kleinräumige Bezugsgröße und die Grundlage, um lokalen
164 Handlungsbedarf bei Mehrfachbelastungen zu bestimmen.

165 Es bietet sich also jetzt die Chance, die Karten zur Mehrfachbelastung methodisch und
166 inhaltlich auf den heutigen Stand zu bringen. Darüber hinaus sind Prognosen und Zielvorgaben
167 für 2030 möglich und sinnvoll.

168 Diese Informationen können nur gesamtstädtisch aufbereitet und vorgehalten werden, auch wenn
169 kleinräumige Unterschiede und Effekte durch die Bezirke zu bewältigen sind. Daher brauchen
170 wir einen **Stadtentwicklungsplan Umweltgerechtigkeit 2030** und eine gesamtstädtische Steuerung
171 durch eine der Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Wohnen, Gesundheit, Pflege und
172 Gleichberechtigung oder Umwelt, Verkehr und Klimaschutz unter Beteiligung der Bezirke.

173 Die Entwicklung umweltgerechter und gesünderer Quartiere in Metropolenräumen und die damit
174 verbundene Verbesserung des Gemeinwohls sind möglich. Dies zeigen internationale Beispiele
175 wie Amsterdam und Kopenhagen an denen sich Berlin auch bei diesem Thema messen lassen muss.